

53. Arbeitstagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa, vom 7.-10.8.2016

MARKUS BAUER

Drastische Verfolgung und Benachteiligung von Christen

Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa beleuchtete Situation zwischen 1945 und 1960 in der ČSSR, Ukraine, DDR und Polen

Die Situation der Christen unter totalitärer Herrschaft von 1945 bis ca. 1960 beleuchtete in seiner 53. Arbeitstagung das Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. vom 7. bis 10. August in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen. In den Referaten und bei der Exkursion nach Bamberg ging es insbesondere um Aspekte der Verfolgung und Benachteiligung von Christen in der Tschechoslowakei, in der Ukraine, in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR sowie in Polen. Inklusive einiger Tagesgäste nahmen gut 40 Personen aus Deutschland, Polen, Tschechien, der Slowakei und der Ukraine an der Tagung teil.

Der seit einem Jahr an der Spitze des Instituts stehende Prof. Dr. Rainer Bendel freute sich in seiner Begrüßung, neben dem „Heiligenhof“ und der hier angesiedelten „Akademie Mitteleuropa“ auch das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ als Partner gewonnen zu haben. In seiner thematischen Einführung wies er auf die Einbeziehung der griechisch-katholischen Kirche, auf „alltags- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte“ sowie den Totalitarismus/Extremismus/Fundamentalismus im Kontrast zum Verfassungsstaat bzw. Pluralismus/Liberalismus hin.

Zum Thema „Zur Situation der Christen in der ČSSR“ referierte Dr. Otfried Pustejovsky aus Waakirchen. Er legte Wert auf die Kirchengeschichte der böhmischen Länder seit dem 8. Jahrhundert und zeigte kurz die entsprechenden Abschnitte auf. Zu seinem Thema stellte er fest, dass eine Gesamtdarstellung bis heute fehle bzw. die Forschungen erst seit Mitte der 1990er Jahre (v.a. in Brünn) intensiviert würden. „Die tschechische und slowakische Kirchengeschichtsforschung geht von der Vergleichbarkeit nationalsozialistischer und kommunistischer Aspekte aus“, nannte Pustejovsky ein weiteres Manko. Die Zeit von 1945 bis 1989/90 teilte er in vier Etappen ein, wobei die KPČ von Beginn an „eine vollständige Liquidierung der Kirche und der religiösen Gemeinschaften, ja des religiösen Lebens“ geplant habe, was sie „etappenweise und auf verschiedenen Ebenen“ dann umsetzte. Die Phase von 1945 bis 1949 beinhaltete die Vertreibung der Deutschen – und damit die Beseitigung eines wichtigen Teils des religiösen Lebens – zugleich auch die Etablierung der Macht der Kommunisten, die mit Ge-

setzen, Medien/Propaganda, Einschüchterung, Verhaftungen, Zwangsarbeit usw. einen intensiven Kampf gegen die Kirchen führten. Der Referent ging detailliert auf Gesetze und Verordnungen bzw. Hintergründe (internationaler Charakter v.a. der katholischen Kirche) sowie Maßnahmen der Verfolgung ein. Die Phase von 1949 bis 1956 war laut Pustejovsky von gesetzlichen Verordnungen und „Methoden brutaler Gewaltanwendung“ geprägt, von stalinistischen Formen der Kirchenverfolgung – auch gegenüber der griechisch-katholischen Kirche: Auflösung von Klöstern, Schließung theologischer Fakultäten, Schauprozesse, Internierung von Bischöfen. Lockerungen und (bis Ende des Prager Frühlings) Entspannung gab es zwischen 1956 und 1968: „Rehabilitation von Personen und Gruppen sowie stillschweigende Duldung der Aufbruchstimmung der katholischen Kirche“, so der Vortragende. Diesem folgte bis zur Wende 1989/90 eine „sowjetisch dominierte 'Normalisierung'“, die sich – so Pustejovsky – in einer „depressiven Niedergeschlagenheit“, erneuten Internierungen, aber auch in der Entstehung der „verborgenen Kirche“ zeigte – mit Fakten wie der Weihe verheirateter Männer zu Priestern/Bischöfen sowie von Frauen zu Priesterinnen. Der Referent verwies auch auf die Charta '77 und die damit entstandenen Chancen für das kirchliche Leben (Einsetzung von František Tomášek als residierender Erzbischof in Prag). Dennoch gab es weiterhin eine „brutale und subtile Unterdrückungspolitik gegenüber der Basis der Kirche“. Die Jahre vor der Wende seien von Mut und resignativer Haltung geprägt gewesen.

Näher ins Detail ging Dr. Jaroslav Šebek, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, in seinem Vortrag zum Thema „Zwei Antlitze der katholischen Kirche nach dem kommunistischen Machtantritt in der Tschechoslowakei – Widerstand und Anpassung“. Bereits nach 1918 habe es „eine starke Unterstützung für die Kommunistische Partei und der nicht-katholischen Traditionen“ gegeben, und nach dem Münchner Abkommen bzw. gänzlich nach 1945 sei das Vertrauen in den Westen geschwunden, dafür die Kontakte zu den slawischen Nationen, vor allem die Sowjetunion gestiegen. Als gravierenden Einschnitt sah auch er die Vertreibung der Deutschen mit ca. 1600 Priestern, wodurch die katholische Kirche erstmals die Erfahrung einer Diaspora-Kirche machen musste. „Die katholische Kirche war nicht auf die neue Situation vorbereitet“, stellte Šebek fest. So gab es unterschiedliche Haltungen bei den tschechischen Bischöfen: Unnachgiebigkeit und ein versöhnliches Herangehen. Eindeutig war aber die Haltung der Bischofskonferenz zur KPČ: deren Legitimität erkannten die Oberhirten nicht an, auch lehnten sie die Einheitswahllisten ab. Für eine Zusammenarbeit plädierte beispielsweise der Leitmeritzer Bischof Štěpán Trochta. Doch ab Frühjahr 1949 habe die kommunistische Regierung ihre langfristige kirchenfeindliche Strategie gestartet: Teilung der katholischen Kirche, d.h. Trennung der Priester von den Bischöfen, Etablierung einer tschechischen Nationalkirche und einer „Katholischen Aktion“ mit regimetreuen Priestern und Laien. Šebek nannte das staatliche Amt für Kirchenangelegenheiten, das alles kirchliche Leben unter die Kontrolle des Staates stellte und den Katholiken nur noch einen Platz am Rand brachte. Er sprach von Versuchen der Kollaboration bzw. Anpassung in Richtung der Machthaber, die auch das Erbe der Slawenapostel Kyrill und Method für sich nutzen wollten – auch als Aspekt gegen die deutsche Tradition. Sogar Wallfahrten nutzten die Kommunisten für ihre Zwecke, ebenso ab 1951 die Initiative der regimetreuen Friedenspriester. „Die Mehrheit der Priester blieb dem Vatikan treu“, stellte der Referent aber fest. Ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre habe die

Kommunistische Partei eine mehrheitlich atheistische Gesellschaft erreicht, auch wenn ab 1956, so Šebek, das geistliche Leben wieder besser möglich war. Doch die Priester seien von unterschiedlichen Erfahrungen geprägt gewesen, was sich auch auf die Pastoral auswirkte.

Die Situation der „Christen unter totalitärer Herrschaft in der Slowakei“ beleuchtete Dr. Ivan A. Petranský aus Preßburg. Bereits in den ersten Jahren nach 1945 seien die Kirchen und Religionsgemeinschaften bedrängt worden – zum Beispiel durch Nationalisierung der kirchlichen Schulen, Verbot kirchlicher Verbände und Internierung katholischer Bischöfe. Mit der kommunistischen Machtübernahme 1948 habe die Verfolgung zugenommen – durch Gesetze und Verordnungen, die Inhaftierung von Bischöfen und die Gründung einer regimetreuer Priestervereinigung. Die griechisch-katholische Kirche sei der orthodoxen Kirche einverleibt und vom Staat kontrolliert worden. Andererseits sei aber auch eine Kirche im Untergrund entstanden. Nach Stalins Tod habe es eine Erleichterung für die Kirchen gegeben, die allerdings ab 1957 wieder in eine Verschärfung und Minderung der religiösen Freiheit sowie schärfere Polizeimaßnahmen und Prozesse umschlug. Erst 1962 kam es wieder zur Abschwächung der Verfolgung.

Den Blick auf die Ukraine richtete die am Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg wirkende Prof. Dr. Katrin Boeckh. Sie beschrieb die „Drei Tage, die die Ukraine veränderten. Die Pseudo-Synode von Lemberg vom 8. bis 10. März 1946 zur 'Liquidierung' der Griechisch-Katholischen Kirche in Galizien“. Sie verdeutlichte, dass die sowjetischen Machthaber die griechisch-katholische Kirche in Galizien (damals die größte Religionsgemeinschaft in der Westukraine) immer schon wegen des Kontakts zum Papst in Rom im Visier gehabt hätten und darin eine nationale Gefahr sahen – auch hinsichtlich eines Übergreifens auf die orthodoxe Kirche in der UdSSR. Daher plante das sowjetische Regime bereits zwischen 1939 und 1941, diese Kirche zu beseitigen und der russisch-orthodoxen Kirche unterzuordnen. Akribisch skizzierte Boeckh die Schritte (Einsetzen einer Initiativgruppe, Beschuldigung der Kollaboration mit den Deutschen, Unterzeichnung von Willenserklärungen der griechisch-katholischen Priester, Verhaftungen und Anklagen gegen Bischöfe und Geistliche) und nannte die Hauptakteure sowie die Verbidung zum NKWD (Volkskommissariat des Innern). „Die Taktik der Behörden war es, die Kirche von innen heraus auszuhöhlen“, erklärte Boeckh. Detailliert zeichnete sie die Vorgänge bei der dreitägigen „Pseudo-Synode“ mit den inhaltlichen Aspekten (Loslösung vom Papst bzw. Vatikan, Bitte um Aufnahme in den Schoß der Orthodoxie) nach. Die Referentin stellte aber auch fest, dass die Maßnahme keinen vollen Erfolg hatte, da zu jenem Zeitpunkt 27 Priester den Übertritt zur russisch-orthodoxen Kirche verweigerten, ebenso viele weitere Personen bis in die 70er Jahre. Dennoch habe die griechisch-katholische Kirche nach dieser „Synode“ nicht mehr wirken können – mit der Folge des Aufbaus einer Katakomben-Kirche mit einem großen Widerstandsnetz. Auch sei diese Liquidierung ein Teilprogramm Stalins gewesen, um die Westukraine zu sowjetisieren. Den Gläubigen sei es, so Boeckh, kaum möglich gewesen, sich dem staatlichen Zwang zu widersetzen. Viele seien zur römisch-katholischen Kirche konvertiert. Ende der 80er Jahre sei für die griechisch-katholische Kirche ein öffentliches Wirken wieder möglich geworden.

Über die „Stalinistische 'Wiedervereinigung der Unierten' in der Ukraine: Motive, Modelle, Methoden“ referierte Prof. Dr. Oleh Turij, Direktor des Instituts für Kirchen-

geschichte der Theologischen Akademie der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche in Lemberg. Als Hauptgründe für die feindliche Haltung der sowjetischen Machthaber gegenüber der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine nannte Turij die vermutete Verbindung zu nationalen Kräften, zur katholischen Weltkirche und die Verbundenheit, ja Verwurzelung mit dem eigenen Volk. Seitens der sowjetischen Regierung führte der Referent als zentrale Gründe den atheistischen und antikirchlichen Charakter sowie die imperialistische Perspektive an. Aber auch die damals darnieder liegende russisch-orthodoxe Kirche habe Stalin in seine Pläne mit einbezogen, welche die Liquidierung der griechisch-katholischen Kirche in der Karpatenukraine, die Schaffung einer Nationalkirche und die staatliche Kontrolle der russisch-orthodoxen Kirche umfasste. Bei der Umsetzung habe es ähnliche Szenarien wie in Galizien, aber auch einige Besonderheiten gegeben. Insgesamt sei es ein längerer Prozess gewesen mit einer aktiven und unmittelbaren Verbindung zur russisch-orthodoxen Kirche – vor allem staatlich gelenkte Maßnahmen und Versuche der Überführung in die russisch-orthodoxe Kirche. Mit der Angliederung der Karpatenukraine an die Sowjetunion habe diese vollendete Tatsachen geschaffen und im Sommer 1949 die endgültige Liquidierung der ukrainisch-katholischen Kirche in diesem Gebiet proklamiert – auch wenn dies nicht die tatsächliche Vernichtung dieser Kirche bedeutete.

Denn diese lebte und wirkte im Untergrund weiter, was Dr. Andriy Mykhaleyko, Dozent für Kirchengeschichte an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lemberg, in seinem Vortrag „Untergrundalltag: bischöfliche Sukzession, Priesterausbildung und Seelsorge am Beispiel der Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche“ erläuterte. Nach 1946 sei „eine legale Tätigkeit unierter Priester unmöglich gemacht“ worden (Verhaftung der kirchlichen Hierarchie), was zur Bildung der Untergrundkirche führte – mit der Weihe von Priestern und Bischöfen im Geheimen. „Die Gläubigen hatten oft keine Kenntnisse hinsichtlich ihres Bischofs“, führte Mykhaleyko aus und ging exemplarisch auf die Priesterausbildung und Formen der Seelsorge unter diesen Bedingungen ein. „Die Gottesdienste waren meist nachts und nur gelesen, nicht gesungen. Die liturgischen Gegenstände waren klein und kompakt“, beschrieb er. Erst in den 1980er Jahren sei nach Protesten die Legalisierung wieder eingeleitet und Ende 1989 offiziell vom Sowjetstaat vollzogen worden.

In die sowjetische Besatzungszone bzw. DDR führte der nächste Schwerpunkt. Der seit 1. September als Direktor der Katholischen Akademie im Bistum Dresden/Meißen tätige Thomas Arnold brachte das Thema „Christen zwischen den Fronten. Die Jugendweihe als Ausdruck des Kirche-Staat-Konflikts in der DDR“ zur Sprache. Dieses Phänomen habe es bereits im 19. Jahrhundert gegeben, mit der Verschärfung des kirchenpolitischen Kurses der SED 1952/54 (Ausschaltung und Unterwanderung der Kirche) sei die Jugendweihe dann als gezielte Aktion gegen die Kirche eingesetzt worden, auch wenn sie nach außen nicht in einen direkten Bezug zur SED gebracht werden sollte. Die Katholischen Bischöfe lehnten per Hirtenwort die Jugendweihe kategorisch ab, doch gab es unter den Ordinarien keine einheitliche Linie. Arnold schilderte das Auf und Ab der Jugendweihe, den Umgang der christlichen Kirchen damit (Maßnahmen gegenüber teilnehmenden Jugendlichen) und die Zusammenhänge mit verschiedenen Kulturen und Milieus (Flüchtlinge, Diasporasituation, Integration bzw. Assimilation usw.) In den 60er Jahren mit Mauerbau, Fahneid bzw. Gelöbnis sei der Zwang zur Jugendweihe gewachsen, ebenso die Angst, benachteiligt zu werden, wenn die

Kinder nicht daran teilnahmen. „Ganze Klassenverbände gingen zur Jugendweihe“, beschrieb Arnold die damalige Situation, die schließlich auch zur so genannten „Bekenntnispastoral“ führte.

Inwieweit „Bischof Julius Döpfner im Blick der Staatssicherheit“ war, beleuchtete Prof. Dr. Jörg Seiler, Ordinarius für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit in Erfurt. In Döpfners Berliner Zeit (1957 bis 1961) fiel die Verstärkung der Repression der SED-Kirchenpolitik. Döpfner als überzeugtem Antikommunisten auf dem Bischofsstuhl von Berlin war daher ab Mai 1958 das ungehinderte Reise in seinem Bistum nicht mehr möglich, auch später als Erzbischof von München/Freising hatte er Einreiseverbot bzw. wurde bei Reisen bespitzelt. Für die viereinhalbjährige Amtszeit in Berlin legte die Stasi 238 Seiten über ihn an. Seiler nannte Beispiele daraus wie Döpfners Tätigkeit in der Ostpriesterhilfe, er wurde als Hetzer gegen die DDR bezeichnet, seine Haltung gegen den Kommunismus wurde fixiert. Da Döpfner aber in Westberlin lebte, habe es „wenig Handlungsspielraum für das Ministerium für Staatssicherheit“ gegeben, so Seilers Fazit.

Über das Thema „Leichter Gegenwind im Sturm des Sozialismus: Zum Leben der Christen in der DDR und ihren kirchlichen Möglichkeiten“ referierte Seilers Lehrstuhl-Vorgänger Prof. Dr. Josef Pilvousek. Er stellte den Weg der Kirche als eine „Gratwanderung zwischen Anpassung und Verweigerung“ dar angesichts der 44 Jahre Christentumsfeindlichkeit und Christenverfolgung durch die DDR. In seinen Gedanken zum Thema „Widerstand“ ging er auch auf die Aspekte „Opposition“ und „Resistenz“ ein. Eine „weltanschauliche Resistenz gegen die marxistische Ideologie gab es in der katholischen Kirche immer“, führte der Referent aus und verwies auf die unterschiedlichen Phasen der DDR-Kirchenpolitik. Das kirchlich-religiöse Leben charakterisierte er als „zwischen Widerstand und Konformismus“, die Seelsorge sei „unter Vermeidung einer Märtyrerkirche“ möglich gewesen.

Thematisch zurück in die Tschechoslowakei ging es bei der Exkursion nach Bamberg, wo im Begegnungszentrum der Ackermann-Gemeinde Bamberg das Thema „Verfolgte Kirche in Böhmen“ im Mittelpunkt stand. Über die Aktivitäten der Ackermann-Gemeinde Bamberg informierte der Bamberger Ortsvorsitzende Franz Kubin, der zunächst auf die Entstehung und Entwicklung des Verbandes in Bamberg einging. Dabei wurde auch deutlich, dass die Kirche in der neuen Heimat der Vertriebenen den „Eigenwert der neuen Katholiken nicht erkannt“ habe, die Mitglieder der Ackermann-Gemeinde aber auch landsmannschaft-intern oft als „Verzichtler“ charakterisiert wurden. Dennoch habe der Verband seine Aktivitäten entfaltet, was für seine Mitglieder eine hohe Bindekraft bedeutete. Aber auch der Umgang mit und die Bewältigung des Vertriebenen-Schicksals sei vor allem in der frühen Phase eine bedeutende Aufgabe gewesen – unter anderem auch durch die „Heimweh-Fahrten“ in die ehemalige Heimat. Früh sei in diesen Kreisen als Lösung der anstehenden Probleme der Blick auf ein Vereintes Europa entstanden. Im Fokus hatte die Ackermann-Gemeinde natürlich auch die Entwicklung in der ČSSR, verbunden mit „Beten und Geld geben für die Brüder und Schwestern im Osten“, so Kubin. Zu den Nepomukfeiern und -tagen kamen später der Tag der Menschenrechte und der Gebetstag für die Verfolgte Kirche dazu bis hin zur Unterstützung kirchlicher Einrichtungen oder auch bedürftiger Rentner in der Tschechoslowakei bzw. in der heutigen Tschechischen Republik.

Für ein Gespräch über die rumänisch-orthodoxe Kirche in Bamberg stand der Priester Ionuț Păun zur Verfügung, der hier seit drei Jahren tätig ist. Er gab einen Überblick über seine Kirche in Deutschland, seine eigene Gemeinde umfasst ganz Oberfranken (ca. 200 Familien) und ist, was das Gotteshaus betrifft, in der griechisch-katholisch-ukrainischen Kirche in Bamberg beheimatet. Auch ging Păun auf die Historie der rumänisch-orthodoxen Kirche in Deutschland und in Rumänien selbst ein sowie auf die aktuelle Situation dort mit einer hohen Zahl in der Priesterausbildung.

Die Situation in der Volksrepublik Polen stand zum Abschluss auf dem Programm. Dr. Grzegorz Bębnik trug Dr. Bernard Lineks (stellvertretender Leiter des schlesischen Instituts in Oppeln) Beitrag „Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Staat in Oberschlesien in den Jahren 1945 bis 1960“ vor. Diese Phase sei von vielen Prüfungen für die Hierarchie, die Priester und Gläubigen (Erschießungen, sowie Vergewaltigungen und Morde an Nonnen) gekennzeichnet gewesen, dazu die Polonisierung durch die Aussiedlung und den Austausch von Ordensleuten und Geistlichen. Die Polonisierung habe schon in der Anfangsphase auch die Liturgie, die religiösen Bräuche und die nationale Theologie bis hin zu den Schriften betroffen. So sollte die Übereinstimmung der polnischen katholischen Kirche und des polnischen Staates erreicht werden, wobei auch evangelische Kirchen übernommen wurden. Herausragende oberschlesische Priester wurden ausgesiedelt, 1948 kam es – nach der Machtübernahme durch die Kommunisten – zur Verbannung des Religionsunterrichtes aus der Schule und der Kruzifixe aus den Schulräumen. Parallel zum Beispiel zur Fronleichnamsprozession wurden Betriebsfeste oder Sportveranstaltungen angesetzt, christliche Vereine aufgelöst, die Caritas verstaatlicht. Ende 1949 entstand die Bewegung der „Patriotenpriester“. Auch wenn es ab 1956 kleinere Erleichterungen gab, sei nur ein Teil der Bischöfe und Priester in ihre Heimatorte zurückgekehrt. „Es war kein Tauwetter, die Beziehung zwischen Staat und Kirche blieb belastet. Auch wenn der Kampf gegen die Kirche sanfter war, kam es immer noch zu besonderen Vorfällen“, lautete Lineks Fazit.

Mit der „Situation der Ukrainer in Ermland und Masuren nach ihrer Umsiedlung in dieses Gebiet im Jahre 1947“ befasste sich in seinem Vortrag Prof. Dr. Andrzej Kopiczko von der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Ermland-Masuren in Allenstein. Als Ausgangspunkt nannte er die 1947 durchgeführte Aktion „Weichsel“, die Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus Südostpolen in die West- und Nordgebiete Polens. „Nach Ermland und Masuren wurden damals 55.448 Menschen ausgesiedelt“, so Kopiczko. Er verwies auf diverse Benachteiligungen und Einschränkungen: Verwüstung in der Landwirtschaft, Einschränkung sozialer und kultureller Aktivitäten, Entzug des eigenen religiösen Ritus, soziale Isolation. Die Ukrainer hätten eher Kontakt zu Deutschen und Einheimischen gehabt als zu Polen. Zudem seien sie unter ständiger Aufsicht des Amtes für Sicherheit gewesen und ausspioniert worden – bis hin zu Massenfestnahmen und -inhaftierungen im Jahr 1948. Weitgehend verboten sei im neuen Siedlungsgebiet auch die Seelsorge im griechisch-katholischen Ritus gewesen, trotz Niederlassung einiger Priester dieser Konfession. Ausnahme sei das Dorf Chrzanowo mit dem Priester Mirosław Ripecki gewesen, das sich „zu einem wahren religiösen Zentrum der Ukrainer in der Wojwodschaft Ermland und Masuren“ entwickelte. Viele andere griechisch-katholische Geistliche hätten ihre Seelsorgstätigkeit im Rahmen des römischen Ritus aufgenommen und die Gläubigen

nur versteckt betreuen können. Erst 1952 sei dort der griechisch-katholische Ritus langsam wieder erlaubt worden. Kopiczko sprach für die erste Phase von einem „Anpassungsversuch“ und danach von einer „Hervorhebung der eigenen Identität“ gegenüber der römisch-katholischen Kirche. Eine vollständige Reaktivierung der eigenen pastoralen Arbeit war erst nach dem Oktobertauwetter im Jahr 1956 möglich.

Den Abschluss des Vortragsreigens bildete das Referat von Dr. Grzegorz Bębnik vom Polnischen Institut für nationales Gedenken, Filiale Kattowitz, zum Thema „Evangelische Kirchen in (Volks)Polen, unter besonderer Berücksichtigung von Oberschlesien“. Er legte die konfessionelle Situation bzw. die der Volksgruppen in der zweiten polnischen Republik dar mit evangelischen Gläubigen der augsburgisch-lutheranischen, der reformatorisch-calvinistischen und (nach 1945) der methodistischen Richtung. In Oberschlesien war die lutheranische Konfession vertreten, aber auch eine evangelisch-unierte Kirche. „Am Ende des Zweiten Weltkrieges war bei den Oberschlesischen Evangelischen eine Wende, die Mehrheit war gezwungen, ihre angestammte Region zu verlassen. Die neue Staatsmacht war nicht an einer Vielfalt der evangelischen Kirche interessiert“, schilderte Bębnik. Qua Gesetz vom 4. Juli 1947 seien die Gläubigen aller evangelischen Kirchen in die Obhut der augsburgisch-lutheranischen Kirche gesetzt worden, die seit Anfang 1945 als polnisch-evangelische Kirche firmierte. Nach der Neueinteilung der Diözesen (Kattowitz, Teschen) habe es im April 1950 die erste Wahl der „Senioren“ (Bischöfe) und deren Vertreter gegeben. Vor allem in der Diözese Kattowitz sei wegen der Aussiedlung nach Deutschland die Zahl der Gläubigen in fast allen Gemeinden gesunken, während im Teschener Raum der Protestantismus als polnischer Glaube und der Katholizismus als deutsch angesehen wurde. Die neuen Machthaber wiederum sahen meist den evangelischen Glauben als deutsch an. Vor diesem Hintergrund wurden in dieser Phase unmittelbar nach dem Krieg nicht selten altehrwürdige evangelische Gotteshäuser der katholischen Kirche übergeben. „Die Evangelischen wurden immer verstreuter, eine Diasporakirche im Nachkriegspolen. Polen war in konfessioneller Hinsicht fast einheitlich römisch-katholisch“, so der Referent, zumal auch weitere Gegenden (Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien) von katholischer Bevölkerung besiedelt waren. Lediglich im Teschener Schlesien sind bis heute Angehörige des evangelischen Glaubens verwurzelt. Mit der kommunistischen Machtübernahme wurde auch die lutherische Kirche in Polen bedrängt, wenn auch nicht so massiv wie die römisch-katholische. Doch die vielen und regen Kontakte auch dieser Kirche in den Westen (v.a. Deutschland) veranlasste die Sicherheitsdienste, ihre operative Kontrolle zu verschärfen. Aber auch die „Eigenart der protestantischen Lehre, den Staat als Stütze für die Religion zu sehen“, habe, so Bębnik vielfach zu Kooperation und Zusammenarbeit geführt - „der weltliche Faktor hat Oberhand über den geistlichen Faktor gewonnen“.

Auch bei der „Kür“, d.h. bei der Stadtführung in Bamberg, standen viele mittel-, ost- und südeuropäische Bezüge – erläutert von Dr. Marco Bogade – im Mittelpunkt. Die dann 54. Arbeitstagung im kommenden Jahr wird voraussichtlich das diesjährige Thema mit dem Hauptaugenmerk auf die Staaten Südosteuropas aufgreifen und vertiefen.